



SIEGFRIED SCHNEIDER

Unsere Gesellschaft wird sich aufgrund der demographischen Entwicklung in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern. Im Jahr 2000 betrug die Zahl der 15- bis 64-jährigen 55,5 Mio. Menschen, sie wird bis 2050 um fast 15 Mio. Menschen zurückgehen. Gleichzeitig mindert sich unsere Erwerbsbevölkerung und wächst die Zahl der Rentner und Pensionäre. Mit einem Wort: Uns gehen die jungen Menschen aus und die, die arbeiten.

In Zukunft wird daher die Frage, wie unsere Wirtschaft genügend Fachkräfte findet, ein ganz wichtiges Thema sein. In Ostdeutschland geht die Zahl der Schulabgänger bereits jetzt drastisch zurück, im Westen wird die Entwicklung später einsetzen und langsamer verlaufen, aber auch stetig. Um diese Herausforderung zu meistern, muss vor allem der Personenkreis derjenigen, die in Deutschland arbeiten, erweitert werden. Dazu stehen uns vier Wege offen:

1. Verlängerung der Lebensarbeitszeit:

Es geht vor allem darum, dass alle bis zum Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze arbeiten. Es kann nicht angehen, dass beispielsweise in der Schweiz 71% der über

Zukunftsinvestition Bildung

55-Jährigen noch im Berufsleben stehen, in Deutschland aber nur 39%. Wie man hört, sind einige Unternehmen bereits dazu übergegangen, gezielt nach erfahrenen Arbeitnehmern zu suchen, weil deren Kenntnisse, wie man so schön sagt, „Gold wert sind“.

2. Erhöhung der Frauenerwerbsquote:

Unsere jungen Frauen von heute sind so gut ausgebildet wie nie zuvor. Mehr Mädchen als Buben machen das Abitur - und noch dazu mit besseren Noten, immer mehr junge Frauen studieren. Immer mehr Frauen wollen Beruf und Familie verbinden. Bayern hat unter allen deutschen Ländern erfreulicherweise die höchste Frauenerwerbsquote: Über 63% der Frauen verbinden in unserem Land Familie und Beruf; bei Frauen mit Kindern unter 18 Jahren sind es sogar 68%. Ich sehe gerade darin einen Erfolg der bayerischen Familienpolitik.

3. Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte:

Zuwanderung allgemein ist als Allheilmittel gegen Arbeitskräftemangel höchst problematisch: 1970 beispielsweise lebten in Deutschland 3 Mio. Ausländer, von denen 1,8 Mio. erwerbstätig waren. Heute sind 1,9 Mio. erwerbstätig, aber der Ausländeranteil insgesamt hat sich seit 1979 mehr als verdoppelt.

4. Intensivierung von Bildung, Ausbildung und der lebenslangen Weiterbildung:

„Willst du für ein Jahr vorausplanen, so baue Reis an. Willst du für ein Jahrzehnt vorausplanen, so pflanze Bäume. Willst du aber für ein Jahrhundert planen, so bilde die Menschen.“, hat ein chinesischer Weiser vor langer Zeit bereits erkannt. Der Schlüssel für die Zukunft lautet daher: Bildung. Bildung und Ausbildung, damit der Wirtschaft die Fachkräfte zur Verfügung stehen, um ihre Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit zu sichern und den Menschen hier Arbeit zu geben. Und nochmals Bildung und Ausbildung,

weil in Zukunft immer mehr besser qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesucht werden, während die Anzahl der Jobs für gering Qualifizierte weiter abnimmt.

Weiterentwicklung der Hauptschule

Wir müssen die heutigen Kinder und Jugendlichen daher so früh und so individuell als möglich fördern, gemäß ihren Stärken und Schwächen, ihren Talenten und Bedürfnissen. Gerade in den letzten Jahren haben wir auf diesem Weg enorme Fortschritte gemacht, als Beispiel nenne ich nur die Hauptschule. Bereits der neue Lehrplan von 2004 setzt eine Reihe wichtiger Impulse. Er vermittelt nicht nur Wissen und Kenntnisse, sondern legt verstärkt Wert auf die Entwicklung methodischer, personaler und sozialer Kompetenzen – Schlüsselqualifikationen in der heutigen Berufs- und Arbeitswelt. Derartige Kompetenzen erfordern einen handlungsorientierten und schülerzentrierten Unterricht. Ein solcher Unterricht aktiviert die Schüler und lässt Raum für das Wiederholen, Üben, Anwenden und das selbstständige Vertiefen der Unterrichtsinhalte. Schließlich macht der neue Lehrplan die Vorbereitung der Schüler auf das Wirtschafts- und Arbeitsleben zu einem besonderen Schwerpunkt. Er stärkt die berufsorientierenden Maßnahmen und ermöglicht dadurch einen verbesserten Übergang von der Schule in die Ausbildung.

In den letzten Jahren ist die Hauptschule strukturell zur Angebotsschule weiterentwickelt worden. Jeder Schülerin und jedem Schüler können wir damit ein Angebot machen, das auf die jeweiligen Bedürfnisse und Begabungen bestens zugeschnitten ist. Da sind einmal die Praxisklassen, die Jugendliche mit Schwierigkeiten in ihrem letzten Jahr durch ein besonders praxisbezogenes Angebot in Grundkompetenzen stärken.

...weiter auf Seite 2

Dieses Angebot hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sich auf diese Weise auch schwächere Schülerinnen und Schüler motivieren und qualifizieren lassen. Deshalb wollen wir die Erfahrungen aus dem Modell der Praxisorientierung konzeptionell erweitern und zur Entwicklung einer umfassenden Kultur der individuellen Förderung nutzen. Der Mittlere-Reife-Zug dagegen stellt ein Angebot an besonders leistungswillige und leistungsfähige Schülerinnen und Schüler dar. Er erlaubt es ihnen, in einem vierjährigen Bildungsgang den mittleren Schulabschluss zu erreichen. Das Modell ist ein enormer Erfolg: So haben im Jahr 2005 rund 12.000 Absolventinnen und Absolventen die Hauptschule mit dem mittleren Schulabschluss in der Tasche verlassen. Damit stehen ihnen alle Chancen zu einer weiteren schulischen und beruflichen Qualifizierung offen.

Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung

Schülerinnen und Schülern soll von jedem Punkt des Bildungssystems aus ein Anschluss zu weiteren Optionen offen stehen. Kein Abschluss ohne Anschluss – nach diesem Motto werden wir auch in den kommenden Jahren die Bildungswege im Schulwesen öffnen. Mein Grundsatz lautet: Allgemeine Bildung und berufliche Bildung sind gleichwertig. Deshalb muss auch hier gelten, dass nach der erfolgreichen Berufsausbildung im dualen System nicht der Abschluss auch schon den Schlusspunkt der Bildungsmöglichkeiten darstellt. Denn die intellektuellen und praktischen Kompetenzen, die man in einem modernen Betrieb benötigt und sich hier aneignet, sind zweifellos hochwertig.

Aus diesem Grund haben wir die Bildungswege bereits durch zahlreiche Maßnahmen geöffnet, um denen eine Chance zu geben, die ihre Begabungen und Talente in ihrem

beruflichen Werdegang entdecken und entfalten. Neben dem Angebot der BOS gibt es zahlreiche andere Wege an beruflichen Schulen, zur Hochschulreife zu gelangen – etwa die Ergänzungsprüfung an Fachschulen und Fachakademien – oder besondere Angebote zur Doppelqualifizierung. So bietet der Schulversuch „Duale Berufsausbildung und Fachhochschulreife“ besonders leistungsfähigen und motivierten Absolventen mit mittlerem Schulabschluss die Möglichkeit, parallel zur Berufsausbildung die Fachhochschulreife zu erwerben.

Zusätzlich haben wir im neuen Hochschulgesetz eine weitere attraktive Zugangsmöglichkeit für besonders qualifizierte Absolventen der Meisterprüfung vorgesehen. Die besten 20% eines Meisterjahrgangs sollen demnach ohne weitere Prüfung fachgebunden ein Studium an der Fachhochschule aufnehmen können.

Diese Entwicklungen bestätigen nur einen Trend: In den Jahren 1995 bis 2004 hat die Anzahl der Hochschulreifen über die vielfältigen Wege der beruflichen Bildung um fast 64% zugelegt! Allerdings geht es dabei nicht primär darum, möglichst viele junge Menschen an die Hochschulen zu locken. Ziel ist es vielmehr, der beruflichen Bildung den Stellenwert einzuräumen, der ihr auch zusteht. Ich bin fest davon überzeugt, dass die berufliche Bildung in Zukunft sogar noch an Bedeutung gewinnen wird.

Das ergibt sich schon daraus, dass in Zukunft die Trennung von Bildung, Ausbildung, Weiterbildung und Arbeit zunehmend verschwinden wird. Das Schlagwort vom „lebenslangen Lernen“ deutet es an: Lernen wird zunehmend ein Prozess werden, der unser Berufs- und Arbeitsleben begleitet und so zur ständigen Weiterqualifizierung führt. Da ist es nur folgerichtig, dass diese Qualifikationen dann auch zu Berechtigungen führen.

Zusammenarbeit Schule – Wirtschaft

Die gute Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft dokumentiert sich aber in vielerlei Form, z. B. in den zahlreichen Arbeitskreisen Schule-Wirtschaft und der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen im Rahmen des dualen Systems, das als ein höchst effizientes Qualifizierungssystem in der ganzen Welt anerkannt ist. Bundesweit einmalig ist die Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern und der bayerischen Wirtschaft im Rahmen der Stiftung Bildungspakt Bayern. Fünf Jahre nach ihrer Gründung zählt die Stiftung 129 Stifter. In diesen wenigen Jahren hat die Stiftung wichtige Reform- und Modernisierungsprozesse auf den Weg gebracht. Das Flugschiff MODUS21 – Modell Unternehmen Schule im 21. Jahrhundert – steht für Eigenverantwortung, Selbstständigkeit und Qualitätssteigerung. Der Modellversuch startete im Schuljahr 2002/03 – und nur knapp drei Jahre später konnten wir bereits die ersten 30 Maßnahmen für alle bayerischen Schulen freigeben; beispielsweise können nun externe Partner aus der Wirtschaft mit der örtlichen Schule intensiver zusammenarbeiten.

Die Bayerische Staatsregierung ist sich der Bedeutung von Investitionen in die Bildung wohl bewusst, weshalb der Etat des Kultusministeriums trotz allgemeiner Sparnotwendigkeit bis 2006 um 4,3% steigen wird. Bayern steht für eine zukunftsweisende Bildungspolitik. Damit wird es uns gelingen, trotz einer sinkenden Bevölkerungszahl, den Wohlstand, die Konkurrenzfähigkeit und die Wirtschaftskraft unseres Landes zu bewahren.

SIEGFRIED SCHNEIDER
BAYERISCHER STAATSMINISTER FÜR
UNTERRICHT UND KULTUS

BAYERNKURIER
Deutsche Wochenzeitung für Politik • Wirtschaft und Kultur

Unsere starken Seiten aus Bayern.

Jetzt abonnieren: Jede Woche Aktuelles aus Politik, Wirtschaft und Kultur.

BAYERNKURIER Nymphenburger Straße 64 80335 München Telefon 0 89 / 12 00 41 98 oder www.bayernkurier.de

Editorial

Der Wirtschaftsbeirat Bayern hat es in diesen Wochen nicht leicht. Die Sacharbeit ist dadurch erschwert, dass es in der Bundespolitik derzeit weniger um die richtigen Konzepte und dringend notwendige Entscheidungen geht, als vielmehr um das politische Ausloten gerade noch vertretbarer Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien. Und die Organisation von Veranstaltungen steht im Vorfeld der Regierungsbildung vermehrt unter dem Vorbehalt vorrangiger politischer Termine und Entscheidungen, die manche Planung riskant machen. So musste gerade erst Ministerpräsident Peter Müller seine Zusage, an unserer nächsten Generalversammlung teilzunehmen, zurückziehen, weil die CDU am 5. Dezember mit ihrer internen Wahlanalyse beginnen will. Dagegen sind die Chancen, dass Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber den zugesagten Festvortrag – wie in der Einladung angekündigt – auch tatsächlich halten kann, wieder unerwartet gestiegen. Deshalb sind wir trotz aller Unwägbarkeiten guten Mutes. Die Terminlage wird sich, wenn sich der politische Pulverdampf lichtet, von selbst bald wieder klären. Was sich aber nicht von selbst bereinigt, ist die ordnungspolitische Gemengelage. Es wäre verhängnisvoll, wenn der unbestreitbare Kompromisszwang einer Großen Koalition das ordnungspolitische Profil der Union im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft vernebeln oder gar schädigen würde. Gerade in einer Koalition gegensätzlicher Partner, die nur ein Bündnis auf Zeit sein kann, muss die Union ihre bleibenden Grundsätze bewahren und immer wieder öffentlich sichtbar machen, wo das Koalitionsprogramm – bei getroffenen wie bei unterlassenen Weichenstellungen – von den eigenen Überzeugungen abweicht. Deshalb kommt es in den nächsten Monaten ganz besonders darauf an, die neue Bundesregierung konstruktiv, aber auch kritisch zu begleiten und ordnungspolitische Fehler und Versäumnisse klar anzusprechen. Unsere Generalversammlung am 5. Dezember, zu der ich Sie alle noch einmal herzlich einlade, wird dafür ein Startschuss sein.

Ihr
ANDREAS MÜLLER-ARMACK
GENERALSEKRETÄR

Entwicklung einer zukunftsweisenden Medien- und Kommunikationsordnung



DR. PETER J. THELEN

Die Konvergenz prägt die Zukunft der Kommunikation und der Medien. Nach und nach entsteht eine neue umfassend digitalisierte Kommunikations- und Medienlandschaft. Der bisherige Ordnungsrahmen für elektronische Kommunikations- und Mediendienstleistungen in Deutschland (Telekommunikation, Tele- und Mediendienste sowie Rundfunk) trägt dieser Konvergenzentwicklung nur unzureichend Rechnung. Diese Ausgangsposition hat der Vorsitzende der Geschäftsführung des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) Dr. Bernhard Rohleder beim Ausschuss für Medienpolitik des Wirtschaftsbeirats Bayern formuliert.

Daraus ergeben sich die im Folgenden skizzierten Forderungen:

Erhebungsgrundlage für Rundfunk unbefriedigend.

Die Erhebungsgrundlage für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nach wie vor nicht befriedigend gelöst. Denn die Anknüpfung an das Vorhalten von Empfangsgeräten ist angesichts der Verschmelzung der verschiedenen Endgeräteformen und der zunehmenden Verbreitung von Multifunktionsgeräten nicht mehr zeitgemäß. Der bei monofunktionalen Geräten noch zulässige Schluss vom Vorhandensein eines Gerätes auf eine bestimmte Nutzung ist unter den neuen Vorzeichen nicht mehr sinnvoll möglich und droht, zu ungerechten Belastungen zu führen. So ist ja beispielsweise Rundfunk nicht mehr an ein Rundfunkgerät geknüpft sondern genauso vom PC oder vom Handy aus zu empfangen.

Moratorium verlängern

Aus diesem Grund ist auch dringend zu fordern und wird voll von der Wirtschaft unterstützt, dass zunächst bis Ende 2006 verlängerte Moratorium für die Gebührenpflicht von Rechnern, die Rundfunk ausschließlich über Internet empfangen können, zunächst weiter zu verlängern. Ein Auslaufen des Moratoriums ist erst sinnvoll, wenn ein neues, zukunftsweisendes Konzept für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erarbeitet ist.

Entwicklung eines geräteunabhängigen Finanzierungssystems

Es ist also ein neues geräteunabhängiges System der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu entwickeln. Angesichts der Konvergenz der Endgeräte, die immer mehr multimediale Nutzungen erlauben, muss ein System zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gefunden werden, das nicht mehr an den reinen Gerätebesitz anknüpft.

Finanzierung über eine allgemeine Haushalts- bzw. Betriebsabgabe

Stattdessen erscheint, beispielsweise eine Finanzierung über eine allgemeine Haushalts- bzw. Betriebsabgabe denkbar, die dem Grundversorgungskarakter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach wie vor Rechnung tragen kann. Zudem kann damit die finanzielle Basis wesentlich verbreitert werden und die Abgabe für den Einzelnen beträchtlich gesenkt werden. So könnte beispielsweise bei einer Finanzierung über eine allgemeine Haushaltsabgabe diese Abgabe gegenüber den jetzigen Rundfunkgebühren auf circa 10 Euro pro Haushalt gesenkt werden, um die bisherigen Einnahmen zu erzielen.

Einspruch: Systems und Medientage gehören zusammen

Diese Konvergenz zwingt auch dazu, nach wie vor Systems und Medientage zeitgleich zu veranstalten und nicht wie bei den diesjährigen Medientagen in München diskutiert wurde, Systems und Medientage zeitlich voneinander zu trennen.

...weiter auf Seite 4

Zuständigkeiten straffen und Regelungen vereinfachen

Die Abkehr von der Gerätegebühr ist aber nur ein Aspekt für die Entwicklung einer zukunftsweisenden Medienordnung. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam im Zusammenwirken von Bund und Ländern gelöst werden, da verschiedene Bereiche nach der Zuständigkeitsverteilung im Grundgesetz in die Kompetenz von Bund oder Ländern fallen. Dies wäre auch eine Aufgabe der wiederzulebenden Föderalismuskommission in der anstehenden Wahlperiode des Bundestages. In erster Linie müssen Zuständigkeiten gestrafft und Regelungen vereinfacht werden. Bund und Länder sind nachhaltig in dem Bestreben zu unterstützen, die Modernisierung und Homogenisierung des Ordnungsrahmens für die elektronischen Kommunikations- und Mediendienste voranzutreiben. Ziel muss eine deutliche Vereinfachung der Regelungen sein.

Die Überlegungen zu einheitlichen Regelungen von Tele- und Mediendienst in einem künftigen Telemediengesetz des Bundes sind ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung.

Technische Entwicklungen antizipieren

Bund und Länder sind aufgefordert, bei der Aufteilung der Kompetenzen bald zu einem klaren Ergebnis zu kommen und hierbei insbesondere die Erfordernisse der in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Unternehmen im Auge zu behalten. Nur so kann mittelfristig eine umfassende Neuordnung des regulatorischen Rahmens für die elektronischen Kommunikations- und Mediendienste erreicht werden, die auch den zukünftigen technischen Entwicklungen gerecht wird. Die Vereinheitlichung von Regulierungen und die Zusammenführung von Zuständigkeiten darf allerdings nicht zu einer Ausdehnung der in Teilbereichen besonders intensiven Inhaltsregulierung im Rundfunkbereich auf bislang weniger regulierte Dienste, insbesondere den Onlinebereich, führen.

Erweiterung der EU-Fernsehrichtlinie verhindern

Unterschiedliche Regulierungsanforderungen bei verschiedenen Medien müssen auch zukünftig berücksichtigt werden. So bedeutet das Zusammenwachsen von Fernsehen und Internetangeboten keineswegs, dass die Inhalte der neuen Dienste einer ebenso intensiven Inhaltsregelung wie das von knappen Frequenzen und passiven Sehgewohnheiten

geprägte traditionelle Fernsehen bedürfen. Die neue Bundesregierung sollte sich daher auch auf europäischer Ebene gegen eine Erweiterung der bestehenden EU-Fernsehrichtlinie zu einer allgemeinen Content-Richtlinie einsetzen.

Schaffung eines schlanken und harmonisierten Datenschutzregimes

Die Bundesregierung sollte zudem die Gelegenheit der Telemediengesetzgebung nutzen, zügig ein einheitliches und auf das tatsächlich erforderliche Maß beschränkte Datenschutzregime für die Tele- und Mediendienste zu schaffen. Mittelfristiges Ziel sollte weiterhin sein, auch eine Zusammenführung mit den Regeln zum Datenschutz in der Telekommunikation zu erreichen. Bis zur Erreichung der Zusammenführung sind klare Abgrenzungslinien zu schaffen, um unabhingestimmte Doppelregulierungen durch zwei Gesetze – wie sie insbesondere im Internetbereich drohen – zu vermeiden.

Nachfolgeverordnungen zum Telekommunikationsgesetz (TKG)

Ein erster Schritt zu einem technologieneutralen Rechtsrahmen ist mit der Umsetzung des neuen europäischen Richtlinienpakets für elektronische Kommunikationsdienste gemacht worden. Mit dem In-Kraft-Treten des Kommunikationsgesetzes ist endlich eine gewisse Rechts- und Planungssicherheit für die Marktteilnehmer geschaffen worden. In vielen wichtigen Punkten werden aber erst die im TKG vorgesehenen Rechtsverordnungen die erforderliche Klarheit bringen. Dabei wird allerdings darauf zu achten sein, dass nicht durch zu komplizierte und tiefgreifende Regelungen in der Summe der Verordnungen ein Maß an Belastung für die Branche besteht, dass der allzeit erwünschten wirtschaftlichen Fortentwicklung im Wege stünde. Diese Gefahr besteht sowohl bei den stetig wachsenden Auflagen für die öffentliche Sicherheit als auch bei den Bestrebungen nach immer restriktiveren Kundenschutzregeln und bei den zahlreichen Gebühren- und Kostenverordnungen.

Die Modernisierung der Medien- und Kommunikationsordnung in Deutschland muss also ein vorrangiges Ziel der neuen Bundesregierung in Berlin sein und sollte von einer großen Mehrheit im Bundestag getragen werden.

DR. PETER J. THELEN
VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES FÜR
MEDIENPOLITIK

GRÜSSE AUS DRESDEN AN DIE WELT



CITYLIGHTS 2006 Der Großformat-Kalender anlässlich Stadtjubiläum 800 Jahre Dresden

Kunstdruck, 4-farbig, Format 60 x 40 cm, Spiralbindung mit Aufhänger, Bestellung in jeder Buchhandlung oder direkt über KUNSTBLATT®. Coupon ausschneiden und an 0351-4794245 faxen. Mehr: www.kunstblatt.com

ISBN: 3-938706-01-5
Kaufpreis: 39,50 EUR*

Direkt-Bestellung

Fax: 0351-4794245, Tel.: 0351-4794244
E-mail: mail@kunstblatt.com

Ich/wir bestelle/n Kalender.
(14-tägiges Rückgaberecht**)

Name

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift

Bezahlung erfolgt bequem per Rechnung oder Vorkasse (5 % Rabatt) auf Konto 830525200, Deutsche Bank, BLZ 87070024.

* Preis inkl. MwSt. und Versand (Deutschland)

** Versandkosten bei Rücksendung trägt der Besteller

KUNSTBLATT® VERLAG & DESIGN
BÜCHER | PRINTMEDIEN | DESKTOP PUBLISHING

Endrstraße 59 | D - 01277 Dresden
Fon 0351 4794244 | Fax 0351 4794245
mail@kunstblatt.com | www.kunstblatt.com



Finanzierungsbasis für den Straßenbau verbessern und verstetigen!

Schon in den 90er Jahren fehlten in den Haushaltsansätzen des Bundes pro Jahr rd. 1 Milliarde DM für den Unterhalt und etwa 3 Milliarden DM für den geplanten Ausbau der Bundesfernstraßen. Bayern wollte diese Lücke 1997 mit der Einführung einer Vignette schließen. Das war damals nicht durchsetzbar – zum Schaden für die Verkehrsinfrastruktur. Inzwischen hat sich die Situation noch verschärft. Der Verkehr ist weiter gewachsen. Engpässe und Staus nehmen zu. Die zunehmende Arbeitsteilung der Wirtschaft und der damit verbundene starke innereuropäische Warenaustausch, insbesondere auch durch die EU-Osterweiterung, lassen für die Zukunft weitere, überproportionale Steigerungsraten erwarten. (Siehe Anlage)

Trotz dieser Entwicklung sieht die mittelfristige Finanzplanung des BMVBW fallende Haushaltsansätze vor und dies, obwohl der Verkehr durch die Ökosteuer und die LKW-Maut zusätzlich belastet wurde.

Das kann so nicht weitergehen, weil sonst die Verkehrsinfrastruktur zunehmend verfällt (Instandhaltungskrise) und der Ausbau erheblich hinter den dringendsten Erfordernissen zurückbleibt. Der Standortfaktor „Verkehrsinfrastruktur“ wird dann schon in wenigen Jahren in weiten Teilen unseres Landes zu einem Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung. Soweit darf es nicht kommen.

Die künftige Bundesregierung wird daher aufgefordert das Konzept der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung (Pällmann-Kommission) vom 5.9.2000 im Grundsatz baldmöglichst umzusetzen.

Die Hauptkomponenten der Kommissionsempfehlung sind:

- Schrittweise Umstellung von der Haushaltsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung.

- Mit Einführung der Nutzerfinanzierung Entlastung bei den Verkehrssteuern.
- Ausgliederung der Bundesautobahnen und gleichartiger Bundesstraßen aus der Bundesverwaltung und Übertragung ihrer Aufgaben auf privatrechtlich organisierte Finanzierungs- und Betreibergesellschaften.
- Infrastrukturverantwortung und Steuerung der Infrastrukturentwicklung soll beim Bund bleiben.
- Beachtung der Anforderungen der EU.

Auf der Basis dieser Empfehlungen kann die Ausgestaltung einer künftigen Finanzierung der Bundesfernstraßen nach dem Wegekostengutachten des Bundes 3,6 Mrd. EUR aus Mauteinnahmen und 4,4 Mrd. EUR aus Vignetten einnahmen erbringen.

Neben der streckenabhängigen Maut für LKW über 12 t wird für alle übrigen Fahrzeuge zunächst eine zeitbezogene Straßenbenutzungsgebühr (Vignette) für Autobahnen und gut ausgebaute Bundesstraßen mit einer Staffelung nach Kraftfahrzeugen, PKW, LKW/ Bussen bis 3,5 t, LKW/ Bussen 3,5 – 7,5 t, LKW/ Bussen 7,5 – 12 t sowie Bussen ab 12 t vorgeschlagen. Unter Beachtung der Anforderungen der EU müssen für alle Fahrzeugarten auch Zweimonats- und Wochenvignetten angeboten werden.

Die Einnahmen aus der Maut und der Vignette müssen unmittelbar der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) zugeführt werden. Die VIFG finanziert damit den Unterhalt, Bau und Ausbau der Bundesautobahnen. Unterhalt, Bau und Ausbau von Bundesstraßen soll – dem österreichischen Modell entsprechend – vollständig in die Verantwortung der Länder gegeben werden. Die VIFG wird gesetzlich verpflichtet, den Ländern den vorhandenen Bundesstraßen-Kilometern und

dem geltenden Bundesverkehrswegeplan entsprechend ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Einnahmen aus Maut und Vignette dürfen nur für den Bundesfernstraßenbau eingesetzt werden.

Die mit der Einführung von Maut und Vignette entstehende finanzielle Belastung der Verkehrsteilnehmer muss mit einer Entlastung bei der Mineralölsteuer von mindestens 10 Cent je Liter (Kommission schlug 25 bis 28 Pfennige vor) einhergehen.

Vorteile dieser Finanzierungsregelung für die Bundesfernstraßen:

1. Abkoppelung der Bundesfernstraßenfinanzierung von den wechselnden Einflüssen des Bundeshaushaltes.
2. Heranziehen aller ausländischen Fahrzeuge zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung in Deutschland.
3. Reduzierung des zunehmenden Tankverkehrs in das billigere Ausland, wenn die Mineralölsteuer abgesenkt wird. Damit würden mittelständische Existenzen im Grenzland gesichert und dem Staat die ihm jetzt entgehende Mineral- und Mehrwertsteuer von min. 2 Mrd. EUR erhalten.
4. Unterhalt, Bau und Ausbau von Bundesstraßen kann in der Verantwortung der Länder schneller und kostengünstiger durchgeführt werden.

Zuwachs Gesamtverkehr 1997 – 2015

	Bund	Bayern
Personenverkehr	+ 20%	+ 26%
Güterverkehr	+ 64%	+ 80%
Grenzüberschreitender Verkehr	+ 91%	+ 95%
Transitgüterverkehr	+ 105%	+ 115%

Quellen: Verkehrsbericht 2000, BMVBW, November 2000, Verkehrsprognose Bayern 2015, ifo Institut, August 2000

ADOLF DINGLREITER, MDL A. D.
PARLAMENTSBEAUFTRAGTER
DES WIRTSCHAFTSBEIRATES BAYERN

Nur wer sich bewegt, kommt voran!

Anzeigen in der Mitglieder-Info



Antwort: Fax 089 291518 (WBU) oder 0351 4794245 (Kunstblatt)

Wir interessieren uns für eine bzw. mehrere Anzeigenschaltung(en) in dem von uns angekreuzten Format und Zeitraum. Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf (siehe Absender rechts). Mehr unter: www.wbu.kunstblatt.com Alle Preise zzgl. MwSt.
Format: 1/1 2/3 1/2 1/3 1/4 1/6 1/8 2006: 1 2 3 4 5 6 7/8 9 10 11 12

Firma _____

PLZ Ort _____

Straße _____

Ansprechpartner/in _____

Telefon _____

Fax _____

e-Mail _____

Ort/Datum/Unterschrift _____

Terminvorschau

München 14. November	Arbeitskreis „Wirtschaft und Kirchen“
München 15. November	Ausschuss für Verkehrs- politik
München 21. November	Ausschuss für Aussenwirt- schaft
Aschaffenburg 21. November	Bezirk Aschaffenburg
Kulmbach 22. November	Bezirk Kulmbach
München 24. November	Ausschuss für Medien- politik
München 30. November	Ausschuss für Energie- politik
Bayreuth 01. Dezember	Bezirk Bayreuth
München 05. Dezember	Jahreshauptversammlung
Nürnberg 12. Dezember	Bezirk Mittelfranken (vom 21.11. auf 12.12.)
Burghausen 15. Dezember	Bezirk Inn/ Salzach

Der Wirtschaftsbeirat
im Internet:
www.wbu.de

**WELTWEITE
WERBUNG
AB 650,- €**



Künstler: Lorenzo di Credi: Die Heilige Familie um 1490
Öl auf Leinwand, Standort: Gemäldegalerie Alte Meister

Im Jahrbuch der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, welche mit ihren zwölf Museen zu den bedeutendsten der Welt zählt, mit einer Themenvielfalt, die in ihrer Art einzigartig ist.

Interesse?

Mehr unter: www.kunstblatt.com
oder fordern Sie Infomaterial
unter: skd@kunstblatt.com an!



 **telego!**[®]

Festnetz

Mobilfunk

DSL/Internetzugang

ePayment

Bonitätsprüfung

- **Alles aus einer Hand**
- **Nur für Geschäftskunden**
- **Bis zu 50% Kosteneinsparung**
- **1000 Freiminuten Startgut- haben (Ferngespräche zur Hauptzeit)**

Senden Sie uns Ihre aktuelle
Telefonrechnung für einen
**unverbindlichen und
kostenlosen Vergleich**
per Fax an
089 / 614 45-511
(Stichwort: WBU-Anzeige)

- **Telefon: 089 / 614 45-410**
- **Telefax: 089 / 614 45-511**
- **Internet: www.telego.de**

Qualität in Stahl

Unsere Leistungen:

- » **Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand**
- » **Ausführung von Schlosserarbeiten**
- » **Reparaturservice im Metallbereich**

Unsere Kunden (Auszug):

- » **BMW » Meiller » Kellerer**
- » **Tenovis » Bosch u. v. m.**

**weber
service**
gmbh

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

© Kunstblatt

*Dr. Thomas Fritz
& Kollegen*
Rechtsanwälte

Wir informieren Sie aktuell über:

-  **Erbrecht**
-  **Unternehmensnachfolge**
-  **Testamentsgestaltung**

*Dr. Thomas Fritz & Kollegen · Rechtsanwälte · Montenstraße 11 · 80639 München
Tel. 089 1783072 · Fax: 089 1783748 · mail@drthomasfritz.de · www.drthomasfritz.de*

© Kunstblatt

Impressum Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-242286-0, Fax: 089-291518
E-Mail: info@wbu.de · Internet: www.wbu.de – **Produktion/Anzeigen:** KUNSTBLATT[®] VERLAG & DESIGN · Enderstraße 59, 01277 Dresden,
Tel. 0351-4794244, Fax: 0351-4794245 · E-Mail: mail@kunstblatt.com · www.kunstblatt.com · Mediadaten unter: www.wbu.kunstblatt.com